

Spartakus, Rote Front, Antifa

Ausübung und Instrumentalisierung politischer Gewalt in der Weimarer Republik am Beispiel des Bezirkes Pfalz der KPD

Ein wesentliches Kennzeichen der Weimarer Republik zwischen 1918/1919 und 1933 war der gewalttätige Konfliktaustrag unter den politischen Gegnern. Dabei standen Begriffe, wie „Spartakus“, „Rote Front“ oder „Antifa“ synonym sowohl für die spontane wie organisierte Gewaltbereitschaft der extremen politischen Linken im Umfeld der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Die Gefahr eines „bolschewistischen Umsturzes“ nach russischem Vorbild wurde ebenso von staatlicher Seite wie auch von den politischen Konkurrenten als permanent angesehen. Entsprechend wurde das kommunistische Gewaltpotential als bekämpfungswert eingeschätzt – zum Erhalt der Republik oder auch zur Durchsetzung der eigenen undemokratischen Ziele. „Ein deutscher Oktober“ war selbstverständlich aber auch das Ziel der KPD – nicht umsonst war die „Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung“ im „Kampf um den Sozialismus“ eine der Kernforderungen der sich am 1. Januar 1919 konstituierenden Partei.¹ Am Beispiel ihres „ultralinken“ Bezirkes Pfalz² soll im Kontext der organisatorischen Gesamtentwicklung und ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz, die anhand von Wahlergebnissen, Mitgliederzahl und weiteren Indikatoren abgeleitet wird, nachfolgend das tatsächliche Ausmaß der politischen Gewalt durch die KPD, aber auch deren Mythologisierung durch die Partei selbst sowie durch die politischen Gegner und die Ordnungsbehörden der Weimarer Republik untersucht werden.

1918-1923 Spontanität und Putschismus anstatt eines „Deutschen Oktober“

Die kommunistische Bewegung in Deutschland entwickelte sich aus einer Strömung der deutschen Sozialdemokratie. Infolge der innerparteilichen Auseinandersetzungen³ um die Lehren aus der russischen Revolution von 1905 lösten sich zwischen 1908 und 1910 linke Kreise um Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin vom marxistischen Zentrum in

¹ Vgl. „Was will der Spartakusbund“, o.O., o.J. (1919) – ein Original ist wie alle nachfolgend nicht anderenorts zitierten zeitgenössischen Quellen im Privatarchiv des Autors einsehbar. Das Programm der KPD (Spartakusbund) ist zusätzlich veröffentlicht bei Weber, Hermann (Hrsg.): Der Gründung der KPD. Protokoll und Materialien, Berlin 1993, S. 297 f.

² Vgl. Becker, Klaus J.: Zwischen ultralinker Parteioption und titoistischer Verfemung. Die pfälzische KPD 1919-1956, in: Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz. 103. Band, Speyer 2005, S. 343 ff.

³ Zeitgenössisch fasst diese zusammen: Kautsky, Karl: Der politische Massenstreik – Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1914.

der SPD und bildeten eine eigene ideologische Richtung in der Vorkriegssozialdemokratie,⁴ die als einzigen Weg zur Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung den „Hammerschlag der Revolution“ sah, die sie sich als „eine Folge des zähen und unablässigen Kampfes einer großen klassenbewussten Volksmasse“ vorstellte.⁵ Vertreter aus dem Untersuchungsgebiet waren an der Herausbildung der linken Parteiströmung – benannt nach ihren Publikationen als Gruppe Internationale bzw. Spartakus – nicht beteiligt. Vielmehr erwies sich die pfälzische Bezirksorganisation – geprägt von ihrem Begründer Franz Josef Ehrhart – als eine feste Stütze des antirevolutionären Reformismus innerhalb der Partei.⁶ Entsprechend wurde die Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht 1914 von der pfälzischen Sozialdemokratie offen verurteilt.⁷ Als jedoch am 19. Juni 1915 mit Hugo Haase, Karl Kautsky und Eduard Bernstein auch führende Vertreter des Revisionismus und des marxistischen Zentrums mit einer Protesterklärung gegen die Burgfriedenspolitik der Parteiführung an die Öffentlichkeit traten, regte sich in der Pfalz der erste innerparteiliche Widerstand.⁸ Zum Bruch innerhalb der SPD führte der Ausschluss der 18 Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion, die am 24. März 1916 gegen weitere Kriegskredite gestimmt hatten.⁹ Die Ausgeschlossenen formierten sich daraufhin in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft,¹⁰ aus der 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) hervorging, der sich wiederum die Mehrheit der Parteilinken anschloss.¹¹ Kurz darauf wurde eine erste Ortsgruppe der USPD in Ludwigshafen gegründet.¹² Bereits am 30. Dezember spaltete sich die Spartakusgruppe auf einer Reichskonferenz wieder von der USPD ab und konstituierte sich als selbstständige Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).¹³

Der neu gegründeten KPD blieb allerdings keine Zeit zur Konsolidierung. Am 4. Januar 1919 war der Berliner Polizeipräsident Eichhorn (USPD) durch den Rat der Volksbeauftragten

⁴ Aus der Rückschau noch immer am besten skizziert bei: Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983, S. 31.

⁵ Vgl. Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1899 – Hier zitiert nach Luxemburg, Rosa: Politische Schriften I, Frankfurt am Main 1966, S.112 ff.

⁶ Vgl. Hermann, Alfred: Die Geschichte der pfälzischen USPD, Neustadt an der Weinstraße 1989, S. 59.

⁷ Ebenda. Kritisch beurteilt die „reichlich egomanischen“ Motive von Liebknecht auch: Grebing, Helga: Wer hat die Revolution „verraten“?, in: Vorwärts, Nr. 12/2008-1/2009, S. 36.

⁸ Vgl. Hermann, S. 61 f.

⁹ Zeitgenössisch dokumentiert in: Material zur Fraktionsspaltung. Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD, Berlin 1916.

¹⁰ Zeitgenössisch dokumentiert in: Material zur Parteispaltung. Herausgegeben vom Parteivorstand der SPD, Berlin 1917.

¹¹ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitages der U.S.P.D., Berlin 1917.

¹² Vgl. Stadtarchiv Ludwigshafen (im Weiteren: StALu), Manuskript 153 (Gesprächsprotokoll Albert Graner) sowie Hermann, S. 81 ff.

¹³ Vgl. Der Gründung der KPD, S. 47 f.

entlassen worden. Hiergegen hatten USPD und KPD am 5. Januar 1919 eine Protestdemonstration veranstaltet, in deren Folge das Berliner Zeitungsviertel besetzt worden war. Ein „Revolutionsausschuss“ unter der Beteiligung von Karl Liebknecht wurde installiert und zum Sturz der mehrheitssozialdemokratischen Reichsregierung aufgerufen. Im Zuge der militärischen Gegenmaßnahmen der Reichsregierung gegen den so genannten – da kaum von der KPD beeinflussten – „Spartakusaufstand“ wurden am 15. Januar 1919 u. a. Liebknecht und Luxemburg ermordet.¹⁴ Die KPD wurde anschließend nicht nur in die Illegalität gezwungen, sondern verlor mit der Ermordung des neuen Parteiführers Jogiches infolge der nach einem Generalstreik ausgebrochenen Berliner Märzkämpfe 1919 noch einen weiteren Vordenker. In der Pfalz hatte die französische Siegermacht die KPD erst gar nicht zugelassen, so dass hier ihren wenigen Sympathisanten – z. B. in Speyer – nur eine Fraktionstätigkeit innerhalb der USPD möglich war.¹⁵

Entsprechend ihrer politischen Sonderrolle als besetztes Gebiet blieb die Pfalz auch frei von den revolutionären Wirren, die nach der Ermordung von Ministerpräsident Eisner am 21. Februar 1919 in Bayern einsetzten – einen gewaltfreien Protestzug der Ludwigshafener BASF-Belegschaft gegen die „Reaktion“ am 22. Februar 1919 löste das französische Militär auf¹⁶. – und ihren Höhepunkt in den beiden kurzlebigen Münchner Räterepubliken im April 1919 fanden. Während die KPD in der Landeshauptstadt an der zweiten Räterepublik nun sogar führend beteiligt war, war die Pfalz noch immer ein weißer Flecken auf der politischen Landkarte der Partei.¹⁷ An den organisatorischen Mängeln der KPD änderte auch der vom 20. bis zum 23. Oktober 1919 durchgeführte II. Parteitag nichts. Vielmehr wurde die KPD zunächst weiter geschwächt, da durch die neue Parteiführung die Syndikalisten aus der KPD gedrängt wurden, indem der Parteitag verbindliche Absagen an den Putschismus und Antiparlamentarismus formulierte.¹⁸ Bis zum III. Parteitag verließen daraufhin nahezu die Hälfte der Mitglieder die KPD oder wurden als Mitglieder von oppositionellen Parteibezirken durch den Parteitag ausgeschlossen.¹⁹

¹⁴ Zur antisozialdemokratischen Ausrichtung des so genannten „Spartakusaufstandes“ vgl. Grebing.

¹⁵ Vgl. StALu, Manuskript 153 (Gesprächsprotokoll Hans Weber).

¹⁶ Vgl. Braun, Günter: Ludwigshafen in der Weimarer Republik, in: Ludwigshafen am Rhein 1853-2003. Band II, Ludwigshafen 2003, S. 20 f.

¹⁷ Vgl. die Aufteilung der Parteibezirke im Entwurf zu einer Satzung der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Frühjahr 1919. Abgedruckt, in: Die Gründung der KPD, S. 304 ff.

¹⁸ Vgl. Bericht über den 2. Parteitag der KPD, o.O. o.J. (1919).

¹⁹ Vgl. Bericht über den 3. Parteitag der KPD o.O. o.O. (1919). Die Oppositionellen gründeten 1920 die wesentlich gewaltbereitere Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), die u. a. bei der Organisation der „Roten Ruhr-Armee“ 1920 eine führende Rolle hatte und sich auch an der „Märzaktion“ beteiligte. 1921 zerfiel sie in zahlreiche – meist

Hingegen hielten die Ende 1919 illegal gegründeten pfälzischen Ortsgruppen in Speyer, Ludwigshafen und Mechttersheim der KPD die Treue. Freilich war ihr Einfluß mehr als begrenzt und die vom französischen Militär niedergeschlagenen Ludwigshafener Hungerkrawalle im Februar 1920 waren spontane Aktionen²⁰. – frei von kommunistischer Agitation, denn erst im März 1920 wurde die KPD in der Pfalz offiziell zugelassen. Zum gleichen Zeitpunkt tobten nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch schwere Kämpfe im Ruhr-Gebiet zwischen der „Rote Ruhr-Armee“ und Reichswehr. Jedoch blieben die Vorgänge bis auf verbreitete Solidaritätsflugblätter des Bezirkes Süddeutschland der KPD in der Pfalz ohne Resonanz.²¹ Auch sprach sich die KPD-Führung selbst gegen eine Ausweitung der Kämpfe – wie von Max Hoelz im Vogtland versucht²² – aus. Vielmehr beschloss der am 14. und 15. April 1920 durchgeführte IV. Parteitag der KPD die Beteiligung an der Reichstagswahl.²³ Der Wahlkampf wurde von der KPD zur Gründung von neuen Ortsgruppen in Frankenthal und Kaiserslautern genutzt. Weiterhin konnte die KPD die USPD-Basis zu gemeinsamen Wahlkampfaktionen in Ludwigshafen gewinnen. Als allerdings am 21. Mai 1920 die BASF-Belegschaft das Direktionsgebäude stürmte, geschah dies noch ohne kommunistische Einflussnahme; auch das Wahlergebnis der KPD bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 lag in der Pfalz mit 0,8 % deutlich unter ihrem Reichsdurchschnitt von 1,7 %.²⁴

Entscheidend für den nachfolgenden Aufstieg der pfälzischen KPD-Organisation war vielmehr, dass sich am 22. August 1920 die pfälzische USPD auf ihrem Gautag mehrheitlich für einen sofortigen Anschluß an die kommunistische Dritte Internationale aussprach.²⁵ Nachfolgend erlebte die KPD einen sprunghaften Mitgliederzuwachs von 628 im September 1920 auf rund 4.000 bis Januar 1921. Der größte Arbeitgeber der Region trug ebenfalls zur Radikalisierung der Arbeiterschaft bei, indem er im Oktober 1920 im Rahmen eines Arbeitskampfes alle 8.700 Arbeiter des Werkes Oppau entlassen hatte und zur Vermeidung von Gewaltakten eine Kompanie französischer Kolonialtruppen auf dem Betriebsgelände

syndikalistisch – geprägte Splittergruppen, von denen einige sich 1926 kurzzeitig sogar wieder als „Spartakusbund (politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)“ bzw. als „Spartakusbund 2“ bezeichneten. Vgl. hierzu: Bock, Hans Martin: Syndikalismus und Linkskommunismus, Meisenheim am Glan 1969.

²⁰ Vgl. Braun, Ludwigshafen, S. 23 ff.

²¹ Vgl. Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv (im Weiteren: SAPMO BArch), Zentrales Parteiarchiv der SED (im Weiteren: ZPA), RY 1/1 2/8/54.

²² Vgl. Hoelz, Max: Vom „Weißen Kreuz“ zur roten Fahne, Berlin 1929.

²³ Vgl. Bericht über den 4. Parteitag der KPD, o.O. o.J. (1919).

²⁴ Vgl. Braun, Ludwigshafen, S. 24 f.

²⁵ Vgl. Hermann, S. 191 ff.

einquartieren ließ.²⁶ Schließlich sprach sich auch der Sonderparteitag der USPD in Halle mehrheitlich für den Anschluss an die Komintern aus, was zur Spaltung der USPD führte.²⁷ Nun wechselten in der Pfalz auch Kommunalmandatsinhaber der USPD die Partei: 39 von 130 gingen zur KPD. Dass ganze Ortsgruppen der USPD, wie z.B. in Rheingönheim, zur KPD übertraten, war jedoch eine Ausnahme.²⁸ Der Abschluss dieses Neukonstituierungsprozesses auf der politischen Linken vollzog sich im Dezember 1920, als sich die rund 70.000 Mitglieder umfassende KPD mit den rund 300.000 Mitgliedern der USPD-Linken offiziell zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) zusammenschloss. Erst mit der VKPD war in Deutschland eine kommunistische Massenpartei entstanden, die im Rahmen ihrer Gliederung mit dem Bezirk 24 mit Sitz in Ludwigshafen nun auch das Untersuchungsgebiet organisatorisch umfasste.²⁹

Die VKPD bot im Januar 1921 allen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung eine „Einheitsfront-Politik zur Lösung der wirtschaftlichen Not der Massen“ an. Unmittelbar nach der preußischen Landtagswahl wurde die Politik der Einheitsfront auf Betreiben der Komintern in Vorbereitung der „Märzaktion“³⁰ jedoch abgebrochen. Mit diesem isolierten Aufstand im mitteldeutschen Industrievier – Kämpfe tobten insbesondere im Leuna-Werk der BASF – hoffte die Komintern den russischen Arbeitern neue Erfolge der Weltrevolution zu demonstrieren und dadurch von der misslichen Lage in Russland ablenken zu können. Für die VKPD jedoch bedeutete die „Märzaktion“ in jeder Hinsicht ein Desaster, das sie zunächst mit einer „Offensiv-Theorie“ zu rechtfertigen versuchte. Eine starke Minderheit in der Partei schloß sich der Charakterisierung des Aufstandes als Putsch durch den wegen seiner Kritik an der Komintern bereits im Februar 1921 zurückgetretenen Parteivorsitzenden Levi an. Diese Kritiker wurden anschließend aus der VKPD ausgeschlossen oder verließen die Partei.³¹ Dennoch kehrte sie anschließend – unter dem alten Kürzel KPD – wieder zur Einheitsfront-Politik zurück.³² Ausdruck fand sie in der Pfalz am 31. August 1921 im Rahmen einer gemeinsamen Protestaktion von Gewerkschaften, SPD, USPD und KPD in Speyer gegen die

²⁶ Vgl. Braun, Ludwigshafen, S. 25.

²⁷ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin 1920 sowie Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale, Frankfurt a. M. / Berlin (West) / Wien 1975, S. 213 ff.

²⁸ Vgl. Hermann, S. 239 ff.

²⁹ Vgl. Bericht der Zentrale an den 2. Parteitag der VKPD, Berlin 1922.

³⁰ Vgl. Koch-Baumgarten, Sigrid: Aufstand der Avantgarde – die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt am Main 1986.

³¹ Vgl. Levi, Paul: Unser Weg. Wider dem Putschismus, Berlin 1921 und vom gleichen Autor: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran?, Berlin 1921. Nach einem Intermezzo als Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) kehrten die Anhänger Levis über die USPD 1922 zur SPD zurück.

³² Vgl. Beschlüsse des 2. Parteitages der VKPD vom 22. bis zum 26. August 1921, Berlin 1921.

Ermordung von Mathias Erzberger. Dabei stürmten jugendliche KPD-Mitglieder das Regierungsgebäude und zerstörten die dort noch immer an der Wand hängende Bilder der königlichen Familie. Die Verhaftung der Rädelsführer führte zu neuen Unruhen, wobei die Polizei nach Schusswaffengebrauch von französischem Militär interniert wurde.³³

Auch im Jahr 1922 setzte die KPD ihre Strategie der Einheitsfront fort. Im Gegensatz zum Reich konnte sie damit in der Pfalz konkrete Erfolge erringen, denn hier stimmte die USPD dem Einheitsfrontangebot zu. So gelang es der KPD gemeinsam mit der USPD bei den Betriebsratswahlen in der BASF im März 1922 die Mehrheit der vorderen Plätze auf der freigewerkschaftlichen Liste zu erobern, nachdem sie sich in den vorausgegangenen Monaten in der Vertrauensleuteorganisation eine organisatorische Stütze aufgebaut hatte.³⁴ Zu einer kurzen Zusammenarbeit aller drei Arbeiterparteien kam es anlässlich der Ermordung von Walter Rathenau am 24. Juni 1922. Aus Protest gegen diese Tat veranstaltete die Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am 24. Juni und am 4. Juli 1922 mit 30.000 bzw. 50.000 Teilnehmern die beiden größten Demonstrationen in der Geschichte der Stadt. Da in der Folge aber MSPD und USPD am parlamentarischen Weg festhielten, zerbrach die Gemeinsamkeit mit der KPD nach wenigen Tagen.³⁵ Nachfolgend initiierte die KPD eine Lohnerhöhungskampagne, die durch einen Reichsbetriebsrätekongress unterstützt werden sollte. Dieser wurde von den Gewerkschaftsorganisationen abgelehnt. Dennoch wurden drei KPD-Betriebsratsmitglieder auf einer von 8.000 Personen besuchten Versammlung der BASF-Arbeiter als Delegierte zu diesem Reichsbetriebsrätekongress gewählt und dies obwohl die Unternehmensleitung mit der Entlassung der Delegierten gedroht hatte. Tatsächlich wurde den drei Betriebsratsmitgliedern nach ihrer Rückkehr am 27. November 1922 die fristlose Kündigung mitgeteilt. Daraufhin ließ sich die Mehrheit der BASF-Belegschaft von ihren Vertrauensleuten – gegen den Willen der Gewerkschaftsführung – zu einem Solidaritätsstreik bewegen, der unter der Führung einer kommunistisch dominierten Zentralstreikleitung auf weitere Ludwigshafener Betriebe ausgedehnt wurde und bis zum 20. Dezember 1922 andauerte.³⁶ Trotz ihres langen Ausharrens erreichten die Arbeiter nicht nur keine Rücknahme der Entlassung der drei kommunistischen Betriebsratsmitglieder, sondern sie mussten bei ihrer eigenen Wiedereinstellung sogar deutlich schlechtere Arbeitsverträge akzeptieren. Der

³³ Vgl. SAPMO BArch, ZPA, RY 1/ I 3/25/9 und Fenske, Hans: Speyer in der Weimarer Republik, in: Geschichte der Stadt Speyer. Band II. Hrsg. von der Stadt Speyer, 2. Auflage, Stuttgart / Berlin (West) / Köln / Mainz 1983, S. 309 f.

³⁴ Vgl. Schiffmann, Dieter: Von der Revolution zum Neunstundentag. Arbeit und Konflikt bei BASF 1918-1924, Frankfurt am Main / New York 1983, S. 253 f. sowie Braun, Günter: Schichtwechsel, Mannheim 1994, S. 81 ff.

³⁵ Vgl. Schiffmann, S. 255 ff.

³⁶ Eine ausführliche Darstellung des Streiks bei der BASF findet sich bei Schiffmann, S. 271 ff.

von der KPD initiierte politische Massenstreik in der BASF endete also mit einer herben Niederlage für die gesamte pfälzische Arbeiterschaft zum Ende des Jahres 1922.³⁷

Trotzdem gelang es zu Beginn des Jahres 1923 der pfälzischen KPD, wesentliche Positionen innerhalb des Ludwigshafener Fabrikarbeiterverbandes (FAV) zu besetzen. Da jedoch der Hauptvorstand des FAV die KPD-Mitglieder wegen ihrer Rolle im vorangegangenen BASF-Streik ausschloss, diese aber wiederum von der Geschäftsführung nicht zurücktraten, war eine Spaltung des FAV in Ludwigshafen unvermeidlich geworden. Sie fand ihren Abschluß in der Bildung eines prokommunistischen „Industrieverbandes der chemischen Industrie“.³⁸ Im Gegensatz zu dieser Entwicklung in der Pfalz sprach sich der VIII. Parteitag der KPD unter dem Eindruck der Ruhrgebietsbesetzung durch französisches und belgisches Militär für eine Fortsetzung der Einheitsfrontpolitik und für ein Verbleiben der Kommunisten in den Gewerkschaften aus.³⁹ Entsprechend herrschte nach der Ausrufung des passiven Widerstandes durch die Reichsregierung in Deutschland zunächst ein innenpolitischer Burgfriede. Die kurzfristige nationale Hochstimmung veranlasste die Parteiführung der KPD nach der Schlageter-Rede von Karl Radek auf dem III. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) im Juni 1923 zu einer Zusammenarbeit mit Rechtsradikalen im Ruhrkampf, die Ende Juli wieder aufgegeben wurde, als die Partei auch in der Pfalz einen „Antifaschistentag“ durchführte – verbunden mit der Forderung, „Faschistennester“ durch „proletarische Hundertschaften“ auszuheben.⁴⁰

Im September 1923 erarbeitete das EKKI erneut einen Aktionsplan für eine kommunistische Machtübernahme in Deutschland, obwohl nach dem Abbruch des passiven Widerstands die innenpolitischen Spannungen zurückgingen. Die Partei selbst begann mit der Verbreitung einer ersten militärtheoretischen Zeitschrift: „Vom Bürgerkrieg“.⁴¹ Im Oktober trat die KPD in die sozialdemokratischen Minderheitsregierungen von Sachsen und Thüringen ein. Erst jetzt erfolgte tatsächlich der Aufbau von bewaffneten „proletarischen Hundertschaften“, die sowohl zur Abwehr gegen die befürchtete Konterrevolution von rechts als auch als Waffe für den gewaltsamen Aufstand gedacht waren.⁴² Nachdem die Reichsregierung daraufhin die

³⁷ Vgl. die am 16. Dezember 1922 von der Werksleitung vorgelegten und 21 Punkte umfassenden „Bestimmungen für die Arbeitereinstellung“, in: StALu, Antifa-Archiv Hermann W. Morweiser (im Weiteren: AFA), SLU 9 (Ordner IG Farben).

³⁸ Vgl. Schiffmann, S. 304 ff.

³⁹ Vgl. Chronik der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1966, S. 140.

⁴⁰ Vgl. Rundschreiben Nr. 5 der Bezirksleitung, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/ I 3/25/9.

⁴¹ Einzelausgaben finden sich im Privatarchiv des Autors.

⁴² Vgl. Militärgeschichtliches Institut der DDR: Geschichte der Militärpolitik der KPD, Berlin (Ost) 1987, S. 115 ff.

sächsische Regierung absetzte und den Einmarsch der Reichswehr anordnete, sollte entsprechend dem Aktionsplan des EKKI mit dem Aufstand begonnen werden. Da sich aber am 21. Oktober 1923 die Chemnitzer Betriebsrätekonferenz dem dazu notwendigen Generalstreik verweigerte, beschloss die KPD den Abbruch der Aktion. Nur in Hamburg veranlasste die dortige Parteiführung einen aussichtslosen Putschversuch, der zu einem erneuten reichsweiten Verbot der Gesamtpartei bis zum 1. März 1924 führte.⁴³

Im Gegensatz zum Reich blieb die KPD in der Pfalz jedoch zunächst unbehelligt, da die Alliierte Rheinlandkommission hier das Verbot nicht umsetzte. Allerdings erwuchs der KPD infolge des gesamtdeutschen wirtschaftlichen Niedergangs, der sich besonders dramatisch auf dem Arbeitsmarkt niederschlug, bei ihrer Agitation unter den Arbeitslosen durch syndikalistische Verbände eine bedeutende Konkurrenz.⁴⁴ Deren Anhänger wurden ab Sommer 1923 häufig Mitglied separatistischer Organisationen, was den Gegensatz zur KPD noch verstärkte. Die Ablehnung separatistischer Bestrebungen führte wiederum zu einer Zunahme der Konflikte mit der französischen Besatzungsmacht. So musste die pfälzische KPD neben einem Vertriebsverbot für die „Arbeiter-Zeitung“ auch noch die Ausweisung wichtiger Funktionäre hinnehmen. Erst mit dem Zusammenbruch des Separatismus infolge der Ermordung des „Präsidenten der Autonomen Pfalz“, Heinz, am 9. Januar 1924, gelang es der KPD wieder aus der politischen Defensive zu kommen.⁴⁵ Erleichtert worden war ihr dies auch durch eine Neuorganisation des Bezirkes Pfalz ab Dezember 1923, dem zunächst die Unterbezirke Saar und Nahe angegliedert wurden. Der neue Bezirk Rhein-Saar umfasste außer der Pfalz, die zu einem Unterbezirk herabgestuft wurde, auch den neu gebildeten Unterbezirk Hessen. Letzterer bestand aus den von Frankreich besetzten links- und rechtsrheinischen Gebieten Hessens. Sitz der Bezirksleitung blieb Ludwigshafen.⁴⁶

1924-1928 Die Militarisierung der Partei

Als die Direktion der BASF ab dem 3. März 1924 für die Arbeiter der Normalschicht den Neunstundentag einführte, veranlassten die Bezirksleitung und die zentrale Gewerkschaftsleitung der KPD die noch zögerliche Leitung des kommunistischen Industrieverbandes zu aktiven „Kampfmethoden“. Entsprechend forderte der Industrieverband

⁴³ Vgl. Thalheimer, August: 1923: Eine verpaßte Revolution?, Berlin 1931.

⁴⁴ Vgl. Bericht über die Arbeitslosenkonferenz in der Pfalz am 9. April 1923, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/ I 3/25/7.

⁴⁵ Vgl. Gräber, Gerhard / Spindler, Matthias: Revolverrepublik am Rhein. Band 1, Landau 1992, S. 126 ff. sowie die „Stellungnahme der Funktionäre der KPD Ludwigshafen zur separatistischen Bestrebung“. Quelle: StALu, AFA, SLU 180 (Ordner KPD 1919-1925).

⁴⁶ Vgl. Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik, Darmstadt 1996, S.88 und S. 340 ff.

am 3. März 1924 die Arbeiter in einem Massenflugblatt auf, die Arbeitsplätze wie bisher nach acht Stunden zu verlassen. Nach zwei Tagen folgten bereits zwei Drittel der Arbeiterbelegschaft in der BASF dieser Aufforderung, worauf die Direktion am 6. März 1924 die gesamte Arbeiterbelegschaft aussperrte und mit Hilfe der Polizei das Werksgelände räumen ließ. Dies führte zu einer massiven Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Polizei, in deren Verlauf fünf Arbeiter getötet wurden. Eine Folge davon war ein Massenzulauf zum Industrieverband, der bis zur Aufgabe des Streiks am 9. Mai 1924 dessen alleinige Leitung innehatte. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit verweigerte die Direktion 300 Aktivisten des Industrieverbandes, der während des Streiks seine Mitgliedszahl von 3.000 auf 10.000 steigern konnte, die Wiedereinstellung. Davon unbeeindruckt stimmten bei den Betriebsratswahlen im Juni 1924 noch einmal zwei Drittel der Anilinarbeiter für den Industrieverband, der insgesamt 8.506 Stimmen gegenüber 10.076 Stimmen für die Gemeinschaftsliste aus Freien und Christlichen Gewerkschaften sowie den Angestelltenverbänden erhielt.⁴⁷ Diese offene Frontstellung gegen die Freien Gewerkschaften wurde zwar auf dem IX. Parteitag der KPD missbilligt, aber die vorangegangenen erbitterten innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Schuld an der „Oktoberniederlage“ von 1923 hatten nicht nur zu einem erheblichen Mitgliederschwund innerhalb der KPD geführt, sondern in der Gesamtpartei die politische Grundstimmung deutlich nach links verschoben. So schloss sich auch der Bezirk Rhein-Saar im Vorfeld des Parteitages der linken Opposition gegen die von der Komintern nach der „Oktoberniederlage“ eingesetzte Parteiführung an. Da die linke Opposition auf dem Parteitag deutlich in der Mehrheit war, ging mit dem IX. Parteitag die Parteiführung – unter der Leitung von Arkadij Maslow und Ruth Fischer – auf sie über.⁴⁸

Die Parteilinke begann sofort die „Bolschewisierung“ der KPD. Darunter wurde insbesondere die Übernahme der organisatorischen und taktischen Prinzipien der Kommunistischen Partei Russlands (KPR) und der Theorie des Leninismus verstanden. Für die KPD bedeutete dies zunächst die Verwerfung der Ideen ihrer Parteimitbegründerin Luxemburg und eine völlige Neuorganisation auf der Basis von Betriebszellen.⁴⁹ Teil der Bolschewisierung der KPD war ihre Militarisierung: Zu diesem Zweck wurde am 18. Juli 1924 in Halle an der Saale der Rote Frontkämpferbund (RFB) gegründet, zum Beitritt wurden alle „klassenbewussten“ Arbeiter aufgerufen. Die Mitglieder dieses kommunistischen Wehrverbandes traten uniformiert an. Bei

⁴⁷ Vgl. Instrukteurberichte über den Streikverlauf, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/24/15.

⁴⁸ Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD, Berlin 1924 sowie Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus. Band 2, Berlin 1991, S. 18 ff.

⁴⁹ Vgl. Weber, Hermann: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Hannover 1961, S. 34 ff.

Veranstaltungen und Kundgebungen liefen sie in Marschblocks mit Schalmeienkapellen und Fahnen auf. Symbol des RFB war eine geballte Faust, die stete Kampfbereitschaft ausdrücken sollte.⁵⁰ Der Gruß mit der geballten Faust und mit dem Verbalanruf „Rotfront“ gehörte nun zum Parteiritual – der Begriff „Die Rote Front“ wurde zum Synonym für das komplette KPD-Milieu. Freilich in der Pfalz schritt sowohl die Militarisierung als auch die Bolschewisierung der Partei auf der Ebene der Betriebszellen nur langsam voran, da hier laut organisatorischem Bericht der Bezirksleitung Rhein-Saar vom 28. November 1924 80 % der Mitglieder erwerbslos waren oder sich innerbetrieblich passiv verhielten.⁵¹ Vor dem Hintergrund einer wachsenden wirtschaftlichen Stabilisierung der Weimarer Republik hatte die innerparteiliche Radikalisierung der KPD im Laufe des Jahres 1924 nach außen zu ihrer Isolierung geführt. Dies veranschaulicht die vorgezogene Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924. Von 3.693.000 Wählern (12,6 %) beim reichsweiten Urnengang im Mai 1924 waren der KPD ein halbes Jahr später noch 2.708.000 (9,0 %) geblieben. In der Pfalz hatte sie rund 15.000 Stimmen eingebüßt und war mit einem Wahlergebnis von 8,1 % erneut hinter dem Reichsdurchschnitt zurück geblieben. Mandatsgewinne bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen konnten nichts daran ändern, dass sich der mit Radauszenen verbundene „Revolutionäre Parlamentarismus“ der KPD-Reichtagsfraktion nicht ausgezahlt hatte.⁵²

Am 20. Dezember 1924 meuterte der Unterbezirk Saar gegen die ultralinke pfälzische Bezirksleitung. Oppositionelle besetzten gewaltsam die Lokalredaktion der „Arbeiter-Zeitung“ in Saarbrücken. Bezirksleiter Hans Weber griff am 31. Dezember 1924 in einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Ludweiler zum Revolver und schoss zwei Parteimitgliedern in die Beine, bevor er verprügelt und der Polizei übergeben wurde. Die Schießerei glich einem Weltkriegsimitat; das Offizierkorps der Weltrevolution versuchte mit gezückter Waffe die meuternden Parteisolddaten in die Schützengräben zu treiben. Das Heil sah man nur noch in einer weiteren Zentralisierung der Partei: Im Januar 1925 wurde die Unterbezirksleitung Pfalz aufgelöst und die Leitung direkt vom Bezirk übernommen, während Anfang Februar das rebellierende Saargebiet direkt der Parteizentrale unterstellt wurde.⁵³ Am 3. Februar 1925 äußerte sich Stalin in der „Prawda“ zur Frage der weiteren Bolschewisierung

⁵⁰ Vgl. Schuster, Kurt G. P.: Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929, Düsseldorf 1975 sowie Finker, Kurt: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin (Ost) 1982.

⁵¹ Vgl. Organisatorische Berichte des Bezirkes Rhein-Saar für das Jahr 1924 an die Zentrale der KPD, in: StALu, AFA, SLU 180 (.Ordner KPD 1919-1925).

⁵² Vgl. Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1976, S. 211 f.

⁵³ Vgl. Mallmann, S. 340 ff. und den Bericht über den Bezirk Rhein-Saar vom 15. Januar 1925, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/24/5.

der KPD: Er verkündete 12 Bedingungen zur Schaffung der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bolschewisierung der Partei, wobei er besonders die Notwendigkeit einer Säuberung zur Erreichung einer „maximalen Einheitlichkeit“ betonte. Damit waren die Grundlagen zur nachfolgenden Stalinisierung der KPD formuliert.⁵⁴ Diese nahm ihren Auftakt mit der erfolglosen Bewerbung Ernst Thälmanns um das Amt des Reichspräsidenten im Frühjahr 1925. Im ersten Wahlgang am 29. März 1925 erhielt Thälmann nur 1.872.000 Stimmen (7 %) und blieb damit deutlich unter dem Reichstagswahlergebnis der KPD vom 7. Dezember 1924. In der Pfalz votierten 23.585 (7,7 %) Wähler für den kommunistischen Kandidaten, was einem absoluten Stimmenrückgang von 40 % entsprach, dem nur in der Stadt Ludwigshafen ein leichter Zuwachs gegenüberstand. Auch wenn Thälmann im zweiten Wahlgang am 26. April 1925 mit 1.931.000 Stimmen (6,3 %) reichsweit einen minimalen Zugewinn erzielen konnte, begünstigte das Festhalten an seiner Kandidatur in erster Linie die mit relativer Mehrheit erfolgte Wahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten. In der Pfalz hatten nur noch 22.188 (6,6 %) Wähler für Thälmann gestimmt. Mit dieser Niederlage wurde eine neue Runde in der innerparteilichen Auseinandersetzung über das Verhältnis zur SPD eröffnet: So schlossen sich die Vertreter der Ultralinken auf der Zentralkommisionssitzung am 10. Mai 1925 nicht der Auffassung der linken Mehrheit an, dass es besser gewesen wäre, der SPD einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten vorzuschlagen. Für den Bezirk Rhein-Saar sprach sich Hans Weber gegen jede Zusammenarbeit mit der SPD aus.⁵⁵

In diesem Spannungsfeld zwischen Linken und Ultralinken vollzog sich auch der Aufbau des RFB im Gau Saar-Pfalz. So warnte ein Emissär der Parteizentrale nach einem Besuch der Pfalz: „Leichte Schwierigkeiten zwischen RFB und Partei können sich später zu ernststen Komplikationen auswirken“ falls „bei Gründung der RFB-Ortsgruppen die Organisation der Fraktion“ (d.h. die Durchsetzung der Mehrheitsmeinung der Zentrale) nicht betrieben werde. Ebenso boten die aus den blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und RFB beim ersten (verbotenen) Gautreffen des RFB Pfalz am 18. Juli 1925 zu ziehenden Konsequenzen Anlass für einen innerparteilichen Schlagabtausch zwischen Linken und Ultralinken.⁵⁶ Entsprechend zögerlich vollzog sich auch die Organisationsentwicklung des RFB – die Ortsgruppe Ludwigshafen vollzog ihre Bannerweihe z. B. erst am 12. September 1925.⁵⁷ In diesen

⁵⁴ Vgl. Stalin, J.W.: Über die Perspektiven der KPD und über die Bolschewisierung, in: Werke. Band 7, Stuttgart 1953, S. 29 ff.

⁵⁵ Vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Band 1, Frankfurt am Main 1969, S. 108 ff.

⁵⁶ Vgl. Bericht des Gen. Lehr-Richthofer über den Bezirk Pfalz, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/24/5.

⁵⁷ Vgl. Die Rote Front. Organ des Roten Frontkämpfer-Bundes, Jg. 2, Nr. 10 vom 1. November 1925.

innerparteilichen Auseinandersetzungen schlossen sich die 64 Delegierten des 2. Bezirksparteitages der KPD Rhein-Saar, der zur Vorbereitung des X. Parteitages der KPD tagte, den Auffassungen von Hans Weber und damit der ultralinken Opposition innerhalb der Parteiführung an.⁵⁸ Der Bezirksparteitag verabschiedete als einziger Parteibeizirk der KPD eine ultralinke Plattform, die inhaltlich nicht der Mehrheitsmeinung der Zentralaussschusssitzung vom Mai 1925 folgte.⁵⁹ Der X. Parteitag der KPD tagte vom 12. bis zum 17. Juli 1925 in Berlin. Er trug wesentlich zur weiteren Isolierung des Bezirkes Rhein-Saar innerhalb der KPD bei: So wandte sich Hans Weber in mehreren Redebeiträgen vergeblich gegen eine pauschale Verurteilung der ultralinken Strömung.⁶⁰ Dass allerdings im Gegensatz zum kompletten Parteitagsverlauf das ZK – unter Einschluss von Hans Weber – einstimmig gewählt wurde, war ein Kompromiss zwischen der linken Fischer-Maslow-Führung und den Ultralinken, da beide Fraktionen inzwischen das Vertrauen der Komintern verloren hatten.⁶¹

Im August 1925 konferierte in Moskau die Kominternführung mit maßgebenden deutschen Kommunisten über die Lage der KPD. Das Ergebnis der Beratung war der „Offene Brief“ der Komintern an die Mitglieder der KPD. Dieser wurde am 1. September 1925 in der „Roten Fahne“ veröffentlicht. Er konstatierte, die Fischer-Maslow-Führung habe die KPD u. a. in der Gewerkschaftsfrage in die Isolierung getrieben und die innerparteiliche Demokratie zerstört.⁶² Damit entfernte die Komintern faktisch die einstimmig gewählte KPD-Führung. Während die Fischer-Maslow-Führung in einer Resolution des ZK dem „Offenen Brief“ zustimmte, traten die Ultralinken sofort gegen ihn auf. Dabei schlossen sich im Bezirk Rhein-Saar die Vertreter aus Mainz und Worms der ZK-Linie an, während das ZK in der Pfalz zunächst nur beim Jugendleiter Eugen Herbst einen Rückhalt fand. So erhielt auf einer Sitzung der Bezirksleitung Rhein-Saar die Resolution des ZK nur die gleiche Stimmenzahl wie eine „linke EntschlieÙung“ von Hans Weber.⁶³ Beendet wurde die innerparteiliche Diskussion über

⁵⁸ Vgl. die Berichte über den Bezirksparteitag in den Ausgaben der Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen vom 18. bis 22. Mai 1925 sowie die Berichte der Bezirksleitung Rhein-Saar an die Zentrale der KPD vom 22. Mai 1925, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/24/1 und an den X. Parteitag der KPD, in: Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, S. 159 f.

⁵⁹ Vgl. den politischen Bericht der Zentrale an den X. Parteitag, in: Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, Berlin 1926, S. 26.

⁶⁰ Vgl. Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD.

⁶¹ Vgl. Weber, Die Wandlung, S. 116 ff.

⁶² Der „Offene Brief“ ist abgedruckt, in: Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Herausgegeben. und kommentiert von Hermann Weber, Köln / Berlin (West) 1963, S. 218 ff.

⁶³ Vgl. Weber, Die Wandlung, S. 126 ff. sowie die Instrukteurberichte über den Bezirk Rhein-Saar vom 21. und 30. September 1925, in: StALu, AFA, SLU 180 (.Ordner KPD 1919-1925).

den „Offenen Brief“ mit der 1. Parteikonferenz der KPD vom 30. Oktober bis 1. November 1925 in Berlin. Hauptreferent war Ernst Thälmann, der vor allem die ultralinke Parteiopposition scharf angriff. In der Diskussion verteidigte Hans Weber die Ultralinken gegen den Vorwurf des Antibolschewismus. Bei 30 Gegenstimmen bestätigten die Delegierten die im „Offenen Brief“ festgelegte neue Parteilinie und die neue Parteiführung unter Ernst Thälmann. Gleichzeitig wurden Fischer und Maslow aus dem Politischen Büro des ZK entfernt. Zusätzlich wurden oppositionelle Bezirksleiter nach Berlin versetzt; auch Hans Weber wurde in die Gewerkschaftsabteilung des ZK nach Berlin beordert, von wo aus er weiter – im Rahmen der „Weddinger Opposition“ – in den Reihen der Ultralinken aktiv blieb.⁶⁴ Verbunden mit der Bekämpfung der Ultralinken und der neuen Realpolitik des ZK war auch die Auflösung des Bezirkes Rhein-Saar der KPD zum 1. März 1926, worüber die Bezirksleitung und die Zellenfunktionäre aus Ludwigshafen am 14. Januar 1926 auf einer gemeinsamen Sitzung informiert wurden.⁶⁵ Das ZK beabsichtigte ganz offensichtlich die „Weddinger Opposition“ zu dezimieren, indem es die stärkste Bastion der Gruppe, nämlich den Bezirk Pfalz, gänzlich auflösen wollte und ihn erstmals in den Bezirk Baden zu überführen versuchte. Unter dem Druck der Parteiopposition musste der Beschluss aber wieder rückgängig gemacht werden. Letztlich gliederte man nur den Unterbezirk Nahe an den seit Ende 1925 bestehenden Parteibeatzen Saargebiet an und vereinigte den Unterbezirk Hessen wieder mit dem Bezirk Frankfurt. Die Pfalz bildete ab Frühjahr 1926 erneut den selbständigen Bezirk 24. Politischer Leiter und damit Nachfolger von Hans Weber, der von Berlin aus in der Pfalz politisch bestimmend blieb, wurde der Landtagsabgeordnete Fritz Baumgärtner. Der bisherige Organisationsleiter des Bezirkes Rhein-Saar, Max Frenzel, wurde in dieser Funktion vom Bezirk Pfalz übernommen. Entsprechend konnte sich die ultralinke Fraktion innerhalb der KPD weiter auf den Bezirk Pfalz stützen.⁶⁶

Erste Erfolge der neuen Bezirksleitung meldete Max Frenzel am 13. April 1926 nach Berlin: Neben einer leichten Erhöhung des Mitgliederstandes war es gelungen, wieder Kommunisten auf den Listen der Freien Gewerkschaften zu den Betriebsratswahlen zu verankern.⁶⁷ Auch der RFB wurde im Wachsen beschrieben, wenn auch „sehr gehemmt“ durch die „Maßnahmen

⁶⁴ Vgl. Weber, Die Wandlung, S. 133 ff.

⁶⁵ Vgl. Instrukteurbericht über die gemeinsame Sitzung der Bezirksleitung und der Zellenfunktionäre Ludwigshafen vom 14. Januar 1926, in: StALu, AFA, SLU 181 (Ordner KPD 1926-1927).

⁶⁶ Vgl. Weber, Die Wandlung, S. 156 ff. sowie das Protokoll und die Berichte über den Bezirksparteitag der KPD Rhein-Saar am 6. und 7. Februar 1926 in Frankenthal, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/24/1.

⁶⁷ Vgl. den Organisationsbericht der Bezirksleitung Pfalz für den März 1926, in: StALu, AFA, SLU 181 (Ordner KPD 1926-1927).

der Besatzungsbehörden“. Der Rote Frauen- und Mädchenbund (RFMB) wurde dagegen erst im „Anfangsstadium“ vermeldet. Bei den Nationalsozialisten wurde eine starke Tätigkeit festgesellt; deren Versammlungen würden jedoch „in der größten Überzahl durch die Arbeiter auseinandergejagt“.⁶⁸ Entsprechend ignorierte der Gau Pfalz des RFB auch im Juli 1926 das Verbot des „Roten Tages“ durch die pfälzische Kreisregierung. Zusammenstöße zwischen Polizei und RFB-Mitgliedern waren erneut die Folge. Bei der KPD wurde daraufhin thematisiert, ob die gesamte RFB- und RFMB-Organisation aufgrund der ständigen Polizeikontrollen und Restriktionen der Besatzungsmacht nicht „zum Tode verurteilt“ sei – auch gebe es innerparteiliche Tendenzen, die Parteiorganisation zugunsten des RFB zu liquidieren.⁶⁹ Um wenigstens inhaltlich wieder mehr Klarheit zu erreichen, gab die KPD ab August 1926 deshalb eine neue militärpolitische Zeitschrift („Oktober“) heraus, in der zu den vielfältigen Fragen der Wehrpolitik Stellung genommen wurde.⁷⁰ Unabhängig von der Organisationsform trat die KPD darin im Rahmen der allumfassenden „Roten Front“ unter den Werktätigen, insbesondere unter der werktätigen Jugend, für die proletarische Wehrhaftigkeit ein und forderte unter Ablehnung der Reichswehr, die „Erziehung der Massen ... im Sinne des aktiven Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus, gegen die Kriegsvorbereitung, gegen die Bedrohung der Sowjetunion“.⁷¹

Der 8. Bezirksparteitag der pfälzischen KPD trat am 29. und 30. Januar 1927 in Pirmasens zusammen. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Auswertung der VII. Erweiterten Tagung des EKKI. Hierzu vertrat Paul Merker als Referent das ZK, während Hans Weber für die „Weddinger Opposition“ das Koreferat hielt. Merker griff die „Weddinger Opposition“ scharf an und forderte den Bezirksparteitag auf, sich vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse des EKKI zu stellen, „damit die pfälzische Organisation endlich wirkliche erfolgsbringende Parteiarbeit verrichtet“. Weber wandte sich gegen Stalins Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande und forderte, „daß das Ermächtnis Lenins erfüllt wird, in welchem die Absetzung Stalins verlangt und eine Verbindung zwischen Stalin und Trotzki gefordert wird“.⁷² Nach einer mehrstündigen Diskussion schlossen sich 51 Delegierte den Ausführungen von Hans Weber an, während nur acht Delegierte der Entschließung des ZK

⁶⁸ Vgl. den politischen Bericht der Bezirksleitung Pfalz für den April 1926, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/25/6.

⁶⁹ Vgl. den politischen Vierteljahresbericht der Bezirksleitung Pfalz für den April bis Juni 1926 sowie den politischen Bericht der Bezirksleitung Pfalz für den Juli 1926, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/25/6.

⁷⁰ Einzelausgaben des „Oktober“ finden sich im Privatarchiv des Autors.

⁷¹ Vgl. Schneller, Ernst: Arbeiterschaft und Wehrpolitik, in: Schneller, Ernst: Arbeiterklasse und Wehrpolitik. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin (Ost) 1960, S. 302 ff.

⁷² Vgl. „Bericht vom Bezirksparteitag in Pirmasens“, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen vom 2. Februar 1927.

folgten. Entsprechend wurden auch gegen den Willen des ZK Baumgärtner und Frenzel wiedergewählt.⁷³ Damit konnte die „Weddinger Opposition“ in der Pfalz ihre Mehrheit behaupten; Mitglieder, die ihr nicht folgten, wurden ausgeschlossen: so in Speyer nach handgreiflichen Auseinandersetzungen in der KPD-Ortsgruppe die Mehrheit des RFB.⁷⁴

Der XI. Parteitag der KPD tagte vom 2. bis 7. März 1927 in Essen. Obwohl mit Adolf Betz ein Angehöriger der pfälzischen Bezirksleitung in die entscheidende „Politische Kommission“ und zum Abschluss als Vertreter der „Weddinger Opposition“ anstelle von Hans Weber in das ZK gewählt wurde, spielte der Bezirk Pfalz auf dem XI. Parteitag eine untergeordnete Rolle. Weber wurde nur eine Redezeit von zehn Minuten zur Verteidigung der vom Pirmasenser Bezirksparteitag angenommenen Resolution der „Weddinger Opposition“ eingeräumt. Bei zehn Gegenstimmen und zwölf Stimmenthaltungen billigte der Parteitag deutlich die Tätigkeit des ZK. Die verbliebenen Oppositionellen wurden in den nächsten Monaten vor die Alternative gestellt, entweder vor dem ZK zu kapitulieren oder ausgeschlossen zu werden.⁷⁵ Trotzdem bekannte sich die Bezirksleitung auf dem 9. pfälzischen Bezirksparteitag weiter zur „Weddinger Opposition“. Obwohl das ZK diesmal neben Paul Merker auch Franz Dahlem als Referenten entsandt hatte, konnte Hans Weber als Koreferent noch einmal 43 Delegierte für eine Resolution der „Weddinger Opposition“ gewinnen, während sich 23 Delegierte der Resolution des ZK anschlossen. Darin war vergeblich gefordert worden: „Der Bezirksparteitag der Pfalz steht treu und fest zur Kommunistischen Internationale und zur KPD und lehnt jeden Spaltungsversuch ab und jede Verbindung zur internationalen Trotzki-Gruppe.“⁷⁶ Entsprechend konstatierten die Instrukteure Merker und Dahlem über den Pfälzer Bezirksparteitag: „Die Zusammensetzung dieses Parteitages widerspiegelt nicht den Willen der Mehrheit der Mitgliedschaft der Pfälzer Organisation der KPD, die sicher treu und fest zur KI und der KPD steht. Dementsprechend wird die Bewertung dieses Bezirksparteitages und seiner Beschlüsse durch die Gesamtpartei und ihr ZK sein“.⁷⁷

Anschließend eskalierte der Machtkampf zwischen der gewählten pfälzischen Bezirksleitung und dem ZK um die Vorherrschaft im Bezirk: Mitte Januar 1928 wurde den ZK-Vertretern der Zugang zu den Parteiräumen in Ludwigshafen verweigert.⁷⁸ Daraufhin setzte das ZK am

⁷³ Vgl. „Die Beschlüsse des Bezirksparteitages“, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen vom 1. Februar 1927.

⁷⁴ Vgl. den Brief der RFB-Mehrheit in Speyer vom 15. März 1927 an das ZK, in: SAPMO BAArch, ZPA, RY 1/ I 3/25/6.

⁷⁵ Vgl. Weber, Die Wandlung, S. 172 ff. sowie Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, Berlin 1927.

⁷⁶ Vgl. die Berichte über den Bezirksparteitag, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen vom 10.-15. Dezember 1927.

⁷⁷ Vgl. den Instrukteurbericht von Paul Merker und Franz Dahlem, in: StALu, AFA, SLU 181 (Ordner KPD 1926-1927).

⁷⁸ Vgl. Situationsbericht aus der Pfalz vom 16. Januar 1928, in: StALu, AFA, SLU 182 (Ordner KPD 1928-1929).

31. Januar 1928 August Creutzburg kommissarisch als neuen Politischen Sekretär der Bezirksleitung Pfalz ein und schloss die gewählten Bezirksleiter Baumgärtner und Frenzel aus der KPD aus. Zur Begründung hieß es, „daß mit diesem Beschluß ein Zustand innerhalb des Bezirkes Pfalz beseitigt wurde, der für die Partei auf die Dauer unerträglich war“.⁷⁹ Anschließend trafen sich die Mehrheit der Funktionäre des Bezirkes Pfalz und Hans Weber mit Baumgärtner und Frenzel sowie weiteren Vertretern aus der ehemaligen Parteilinken, um ein Bündnis der linken Kommunisten einzugehen. Daraufhin wurden auch Weber und weitere führende Funktionäre der pfälzischen KPD aus Partei und RFB entfernt.⁸⁰ Nach Abschluss der Säuberung gelang es dem ZK auf dem außerordentlichen 10. Bezirksparteitag, die Mehrheit der pfälzischen Delegierten zu gewinnen. Franz Dahlem erklärte als Referent des ZK auf dem Bezirksparteitag: „Die Partei hat einen erbitterten Kampf hinter sich. Einen Kampf der Vernichtung“. Da sich nur noch fünf Delegierte für die ehemalige „Weddinger Opposition“ erklärten, bezeichnete er deren Zusammenbruch in der Pfalz als „so unerhört und katastrophal, wie ich etwas derartiges in der Parteigeschichte noch nicht erlebt habe“. Zum Nachfolger von August Creutzburg als Politischer Leiter des Bezirkes Pfalz wurde der bisherige ZK-Kommissar Karl Fischer gewählt.⁸¹ Dass er ein schweres Erbe antrat, verdeutlichen die Ergebnisse der KPD in der Pfalz bei den Reichtagswahlen vom 20. Mai 1928. Mit 7,1 % war sie dort noch hinter das Resultat vom Dezember 1924 zurückgefallen, während sie reichsweit 1,6 % hinzugewonnen hatte. Dass die KPD nur noch 29.203 Wähler an sich binden konnte, liegt in dem Votum von 3.127 Wählern für die von Max Frenzel angeführte Liste der pfälzischen Opposition (Alte Kommunistische Partei) begründet. Da die linke Opposition reichsweit nur 80.000 Stimmen erhielt, veranschaulicht das pfälzische Resultat noch einmal ihre lokale Stärke. Anschließend entwickelte sich die linke Opposition zu einem Teil der trotzkistischen Richtung in Deutschland, verlor aber auch in der Pfalz nach und nach an Bedeutung.⁸²

1929-1933 Der Kampf um die Straße

Ausdruck der inneren Konsolidierung der KPD war die zunehmende Ignorierung staatlicher Auflagen. In Ludwigshafen und Pirmasens wurden am 15./16. April 1929

⁷⁹ Vgl. „Warum Ausschluß Baumgärtners und Genossen“, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen am 2. Februar 1928.

⁸⁰ Vgl. Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Frankfurt am Main 1987, S. 10 ff.

⁸¹ Vgl. den Instrukteurbericht über den Außerordentlichen Bezirksparteitag in Kaiserslautern, in: StALu, AFA, SLU 182 (Ordner KPD 1928-1929).

⁸² Vgl. Zimmermann, Rüdiger: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 84 ff. und S 118 ff.

Demonstrationsverbote anlässlich eines Besuches von Max Hoelz übertreten; bei Zusammenstößen mit Anhängern der NSDAP wurde in Pirmasens ein Arbeiter schwerverletzt und von Seiten der KPD offene Sympathie der Polizei für die Nationalsozialisten konstatiert, da diese im Anschluss an die Zusammenstöße nur Kommunisten verhaftete.⁸³ Höhepunkt der neuen Kraftprobe der KPD mit der staatlichen Ordnung der Weimarer Republik sollte die Ignorierung des Demonstrationsverbots am 1. Mai 1929 in Berlin sein. Während die KPD zwischen 200.000 und 300.000 Demonstranten erwartet hatte, letztlich aber nur einige Zehntausend auf den Straßen erschienen, beantwortete die Berliner Polizei die kommunistische Provokation mit einer dreitägigen Strafaktion in den missliebigen „roten Stadtvierteln“ von Berlin, wobei 32 Zivilpersonen ums Leben kamen – größtenteils durch Schussverletzungen beim Auflösen von Menschenversammlungen. Nahezu alle Opfer, darunter nur ein Mitglied der KPD, waren unorganisiert und reichten vom 16-jährigen Mädchen bis zum 79-jährigen Greis. Zehn Opfer wurden als Schaulustige an ihren Fenstern oder auf Balkonen getötet. Weder kam es zu Barrikadenkämpfen – lediglich Straßensperren wurden von den Anwohnern errichtet, um die Polizeifahrzeuge an der Durchfahrt zu hindern – noch wurden nennenswert Waffen bei den Razzien in den betroffenen Vierteln am 3. Mai vorgefunden. Um von der völligen Unverhältnismäßigkeit ihres Vorgehens abzulenken, ersannen Polizei und preußisches Innenministerium zahlreiche entstellende Meldungen über das Vorgehen der KPD bis zu puren Fälschungen über „heftige Barrikadenkämpfe“. Wo diese „Dichtungen“ allerdings in das politische Konzept der KPD-Führung passten, griff sie diese bereitwillig auf. Der Mythos „Rote Front“ wurde von beiden Seiten völlig überzeichnet, was letztlich auch das RFB-Verbot am 6. Mai 1929 unvermeidlich machte.⁸⁴

Hatte die Zahl der politischen Gewalttätigkeiten seit Ende 1923 verhältnismäßig abgenommen, so war der „Blutmai“ praktisch das Fanal zu einer Bürgerkriegsstimmung, die sich bis 1933 fortsetzen sollte. Allerdings blieb die von der KPD erhoffte Mobilisierung gegen die als „Arbeitermörder“ und „Bluthunde“ beschimpfte SPD-Parteiführung aus. Vielmehr zeigten auch in der Pfalz „fast alle Genossen eine pessimistische Einstellung“ – selbst die als Flugblatt mit einer Auflage von rund 40.000 Stück verteilten Aufrufe zu einer kurzen allgemeinen Arbeitsruhe am 8. Mai, dem Tag der feierlichen Beisetzung von drei Mai-Opfern, blieb ohne Widerhall. Vorbereitet zeigte man sich dagegen auf das RFB-Verbot – der harte Kern ging in die Illegalität, den anderen Mitgliedern wurde empfohlen, sich

⁸³ Vgl. den Bericht über die Max Hoelz-Versammlungen, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/25/6.

⁸⁴ Vgl. Schirmann, Léon: Blutmai 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991. Die DDR-Forschung hielt bis 1989 den Mythos von tagelangen „Barrikadenkämpfen“ aufrecht – vgl. Militärgeschichtliches Institut, S. 186.

existierenden oder neu zu gründenden Organisationen anzuschließen. Die politische Gewalttätigkeit wurde durch das RFB-Verbot nicht gebremst, vielmehr führte die erzwungene Illegalität erst jetzt zur Bewaffnung. Im RFB wurde nun geheim am Waffenhandwerk ausgebildet; statt uniformierte Propagandaaufmärsche waren nun militante Aktionen gegen Nationalsozialisten der Anreiz für die Mitgliedschaft in der illegalen Kampforganisation.⁸⁵ Der noch vom „Blutmai“ geprägte XII. Parteitag der KPD tagte vom 8. bis 15. Juni 1929 in Berlin-Wedding: Der letzte Parteitag der KPD in der Weimarer Republik konstatierte in einem umfangreichen Referat eine beschleunigte „Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus“.⁸⁶ Im Anschluss an den XII. Parteitag steigerte die KPD ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie. Trotzdem verlief die pfälzische Kommunalwahl vom 8. Dezember 1929 für die Partei enttäuschend. In Ludwigshafen gab es deutliche Stimmenverluste sowohl zugunsten der SPD als auch der von Max Frenzel angeführten „Linken Opposition der KPD“. Hatte sich die Bezirksleitung vor der Wahl noch über eine mangelnde Unterstützung durch das ZK bei der organisatorischen Vorbereitung beklagt,⁸⁷ so wurden nach der Wahl am 15. Dezember 1929 in Ludwigshafen auf der „Tagung der Erweiterten Plenar-Bezirksleitung der KPD, Bezirk Pfalz“ für die Nichtgewinnung der „Mehrheit des Proletariats“ insbesondere „opportunistische Fehler“ der eigenen Mitglieder angeführt. Dazu zählte insbesondere das „Zurückweichen vor dem offenen Auftreten als Kommunistische Partei“ sowie „Passivität, Müßigkeit und Nachlässigkeit bei der Parteiarbeit“. Entsprechend wurden eine „Reinigung und Säuberung der Parteimitgliedschaft“ und eine „Ausschaltung der müden, abgekämpften Parteifunktionäre“ angekündigt.⁸⁸

Zum Jahreswechsel 1929/30 verzeichnete der illegale RFB in der Pfalz 200 Mitglieder; die legalen Antifaschisten (Antifa) konnten 450 Mitglieder in Ludwigshafen, Neustadt, Pirmasens und Kaiserslautern verbuchen. Unter den Arbeitslosen war die KPD eine echte Macht, wobei Aufmärsche – wie am 6. März 1930 beim „Erwerbslosentag“ – mit schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei in Ludwigshafen, Kaiserslautern und Neustadt verbunden waren.⁸⁹ Der 12. pfälzische Bezirksparteitag in Pirmasens wurde am 24. und 25. März 1930 von 138 Delegierten aus 43 Ortsgruppen besucht. Laut dem Organisationsbericht vom Januar 1930 zählte die Partei 1.903 Mitglieder, wovon jedoch nur 828 auch einen Beitrag

⁸⁵ Vgl. Schirmann, S. 279 ff. und SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/25/17.

⁸⁶ Vgl. Bericht über die Verhandlungen des XII. Parteitages der KPD, Berlin 1929.

⁸⁷ Vgl. das Schreiben der Bezirksleitung vom 20. November 1929 an das ZK, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/25/13.

⁸⁸ Vgl. „Wir müssen die Partei auf Kriegsstärke bringen – Resolution der Plenar-Bezirksleitung der KPD, Bezirk Pfalz zur Auswertung der Wahlen und zu den Aufgaben der Partei.“, in: AFA-Lu, Ordner KPD 1928-1929.

⁸⁹ Vgl. Bericht über die Kontrolle im Bezirk Pfalz am 7. Januar 1930, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/25/7.

gezahlt hatten. Die Aus- und Eintritte wurden als außerordentlich stark bezeichnet und betrafen ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft. Insgesamt konnten 1.081 Neuaufnahmen nicht integriert werden. Zur Beendigung dieses Missstandes sollte laut dem Referenten des ZK, Jean Winterich, eine „Konzentrierung unserer Arbeit durch Reorganisation und Schaffung großer arbeitsfähiger Bezirke“ beitragen. Für die Pfalz bedeutete dies konkret den Zusammenschluss mit dem Bezirk Baden. Als Zeitpunkt hierfür wurde der 1. Juli 1930, also unmittelbar nach der Räumung der Pfalz durch die Franzosen, vorgeschlagen.⁹⁰ Überschattet wurde das Ende des Bezirksparteitages am 25. Mai 1930 durch einen Überfall von Anhängern der NSDAP auf abreisende Delegierte aus der Westpfalz. In dessen Verlauf wurde ein Pirmasenser Mitglied der KPD erschossen, sieben weitere schwer verletzt und 20 verwundet. Laut Instrukteurbericht war dies Ausdruck des völligen Versagens der „roten Arbeiterwehr“, die nach Parteitagsschluss nicht die Sicherung der Abreise der Delegierten vorgenommen hatte. Schärfstens kritisiert wurde auch die Pirmasenser Parteileitung, die sich „unter Verkennung des Bündnisses der Polizei mit den Faschisten“ am darauffolgenden Tag nicht an die Spitze der militanten Proteste gegen den Überfall setzte, wobei durch Polizeischüsse erneut zwei Demonstranten schwer verletzt wurden. Abschließend sagte der Instrukteurbericht weitere Überfälle auf Parteiveranstaltungen voraus – und in der Tat überfiel die SA ein „rotes“ Barackenviertel in Kaiserslautern in der Nacht zum 27. Mai 1930 – falls die „Parteileitung und rote Arbeiterwehr die Arbeit nicht verstärkten“.⁹¹

Obwohl sich die KPD in den Tagen nach dem 30. Juni 1930 in keiner Weise an der nationalen Euphorie anlässlich der Räumung der Pfalz durch die Franzosen beteiligte, fand dennoch die geplante schnelle Vereinigung der Bezirke Pfalz und Baden nicht statt, da beide nun alle Kraft für die Wahlkampagne anlässlich der Neuwahl des Reichstages am 18. Juli 1930 benötigten. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes beabsichtigten die pfälzischen Kommunisten am 2. und 3. August 1930 in der Fruchthalle in Kaiserslautern einen „Roten Wahlappell“ durchzuführen, der aber vom pfälzischen Bezirksamt verboten wurde. Das von der KPD als „Anwendung der faschistischen Diktatur“ verurteilte und von der Polizei mit Gummiknüppeleinsatz durchgesetzte Verbot war für 1930 tatsächlich recht ungewöhnlich, da Saalversammlungen der KPD in der Regel noch erlaubt und Verbote lediglich im Einzelfall ausgesprochen wurden. Kommunistische Veranstaltungen unter freiem Himmel waren

⁹⁰ Vgl. Bericht der Bezirksleitung an den 12. Bezirksparteitag, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/25/3 sowie die ausführliche Berichterstattung über den 12. Bezirksparteitag, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen vom 24.-31. Mai 1930 und Instrukteurbericht über den 12. Bezirksparteitag, in: StALu, AFA, SLU 183 (Ordner KPD 1930-1933).

⁹¹ Vgl. die ausführliche Berichterstattung der Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen vom 26.-31. Mai 1930 sowie den „Bericht über die Vorgänge in Pirmasens“, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/25/7.

hingegen schon seit Beginn des Jahres untersagt. Auch die für den 3. August 1930 zur Aufstellung der Kandidaten vorgesehene Bezirksparteiarbeiterkonferenz wurde nicht gestattet, so dass sie geheim zusammentrat und sich an ihr nur 60 Delegierte aus 28 Ortsgruppen beteiligen konnten.⁹² Die Bezirksparteiarbeiterkonferenz verabschiedete einen Wahlaufruf, der sich scharf gegen die Sozialdemokratie wandte: „Sozialismus in Phrasen, Faschismus in der Tat, das ist das wahre Gesicht der SPD“.⁹³ Diese alleinige Stoßrichtung gegen die SPD und die Vernachlässigung der NSDAP wurde von den pfälzischen Kommunisten während des ganzen und immer wieder von Scharmützeln mit der Polizei geprägten Wahlkampfes aufrechterhalten.⁹⁴ Bei der Reichtagswahl selbst blieb die KPD am 14. September 1930 in der Pfalz mit 48.994 Wählerstimmen (10,5 %) wiederum deutlich hinter dem reichsweiten Ergebnis der KPD von 13,1 % zurück. Nur in den Amtsbezirken Landstuhl und Pirmasens Stadt hatte sie jeweils die SPD als stärkste Arbeiterpartei ablösen können. Allerdings hatte die NSDAP in beiden Amtsbezirken mehr Stimmen erhalten, als beide Arbeiterparteien zusammen! Entsprechend musste die pfälzische Bezirksleitung am 21. September 1930 selbstkritisch feststellen, den Kampf gegen die SPD „konkret und in genügender Schärfe“ geführt zu haben, während „dies gegenüber den Nationalsozialisten nicht im gleichen Maße der Fall“ gewesen war. Trotzdem sprach sie von einem „glänzenden Wahlsieg“. „Mängel, Schwächen, teilweise auch Fehler in unserer Arbeit“ wurden darauf zurückgeführt, dass „ein Teil des mittleren und unteren Funktionärkaders dem Tempo der raschen Entwicklung in dem Heranreifen einer neuen akut revolutionären Situation nicht mehr folgen konnte und kann“.⁹⁵

Am 28. September 1930 wurde der „Kampfbund gegen den Faschismus“ als neue proletarische Wehrorganisation gegründet, dem sich die bereits bestehenden kommunistischen Arbeiterwehren, Betriebswehren, Selbstschutzstaffeln sowie der nicht verbotene RFMB anschlossen. In der Pfalz zählte der Kampfbund im November 1930 gerade einmal neun Ortsgruppen mit 250 Mitgliedern. Eine darauffolgende Mitgliederwerbekampagne im Dezember 1930 rief die Polizeibehörden auf den Plan: Allein zur Überwachung der

⁹² Vgl. die Instrukteurberichte, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/ 25/ 16 sowie Friedmann, Judith: Die politische Radikalisierung in der Pfalz zu Beginn der Dreißiger Jahre. Magisterarbeit an der Universität Mannheim 1993, S. 36.

⁹³ Vgl. „An alle Werktätigen der Pfalz! Manifest der Parteiarbeiterkonferenz der KPD, Bezirk Pfalz vom 2. und 3. August in Kaiserslautern“, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/ 25/ 16.

⁹⁴ Vgl. den Generalarbeitsplan der KPD Bezirk Pfalz zum Wahlkampf 1930 und die Wahlnummer des „Aniliner“ aus dem Jahr 1930, in: AFA-Lu, Ordner KPD 1930-1933 sowie „Sozialdemokratische Arbeiter her zu uns!“ – Bericht über den pfälzischen Bezirksparteitag der SPD, in: Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen vom 19. August 1930.

⁹⁵ Vgl. „Vorwärts für Sowjet-Deutschland. Einstimmige Resolution der KPD, Bezirksleitung Pfalz zum Wahlsieg am 14. September und zu den nächsten Aufgaben der Partei.“ sowie das Rundschreiben der Bezirksleitung Pfalz der KPD vom 23. September 1930 an alle Ortsgruppen, in: StALu, AFA, SLU 183 (Ordner KPD 1930-1933).

Gründungsversammlung des Kampfbundes in Roxheim wurden 16 Gendarmeriebeamte und ein Zug Landespolizei mobilisiert. Obwohl der Kern des Kampfbundes aus Mitgliedern und Funktionären des RFB bestand, wurde auch der RFB mit dem Auftrag revolutionärer Wehrerziehung illegal fortgeführt. Dass dies durchaus ernst gemeint war, veranschaulichten noch im gleichen Monat mehrere Bombenfunde der Polizei bei Mitgliedern der KPD in Pirmasens und Kaiserslautern, die aus von der Reichswehr am Ende des Ersten Weltkriegs in einem Weiher bei Pirmasens versenkten Granaten gebastelt worden waren. Mehrjährige Gefängnisstrafen für die Hauptbeteiligten waren die Folge.⁹⁶

Da das ZK der KPD unter dem Eindruck der Notverordnungen der Brüning-Regierung ab dem Dezember 1930 der Auffassung war, dass in Deutschland bereits eine faschistische Diktatur bestand, wurde nun die Reorganisation der Parteibezirke umgesetzt.⁹⁷ Entsprechend wurde der Bezirk Pfalz mit 50 Ortsgruppen und 1.380 von Beitragskassierung erfassten Mitgliedern mit dem Bezirk Baden vereinigt.⁹⁸ Die mit der weiteren Zentralisierung verbundenen Hoffnungen erfüllten sich jedoch genauso wenig, wie die Erwartung auf einen ideologischen Einbruch in die Reichswehr, nachdem am 18. März 1931 der Leutnant der Artillerie, Richard Scheringer, mit großem propagandistischem Aufwand seinen Übertritt von der NSDAP zur „Front des wehrhaften Proletariats“ vollzogen hatte.⁹⁹ Der Kampfbund gegen den Faschismus vermeldete im Herbst 1931 31 Ortsgruppen aus der Pfalz, in denen auch einzelne Angehörige der sozialdemokratischen Wehrorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ mitwirkten – dessen Stärke erreichte der Kampfbund aber nicht einmal annähernd.¹⁰⁰ In einzelnen pfälzischen Orten, wie z. B. in Grünstadt am 17. November 1931 und in Oggersheim am 26. November 1931, erfolgte dennoch die Bildung von Einheitskomitees gegen den Faschismus durch die dortigen Ortsgruppen von SPD und KPD. Eine für Januar 1932 angemeldete Einheitskomitee-Veranstaltung in Ludwigshafen wurde allerdings vom Bezirksamt Ludwigshafen verboten, wie zuvor auch schon im ganzen Jahr 1931 kommunistische Versammlungen in der Pfalz massiv unterbunden worden waren. Erst die zahlreichen Wahlkämpfe im Jahr 1932 ermöglichten den pfälzischen Kommunisten

⁹⁶ Vgl. den Kontrollbericht Pfalz vom 24. November 1930, in: SAPMO BArch, ZPA, RY 1/I 3/ 25/ 7/ 225 sowie Finker, S. 223 ff. und Friedmann, S. 40 ff.

⁹⁷ Vgl. Weber, Hermann: Einleitung zu „Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933“, Düsseldorf 1981, S. XXIX ff.

⁹⁸ Vgl. „Zwei Jahre Kampf“. Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Baden-Pfalz, Mannheim 1932, in: StALu, AFA, SLU 183 (Ordner KPD 1930-1933).

⁹⁹ Vgl. Erwachendes Volk – Briefe an den Leutnant a.D. Scheringer, Berlin 1931 – ein Original im StALu, Y 1, Nr. 106.

¹⁰⁰ Vgl. Gotschlich, Helga: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin (Ost) 1987, S. 89 ff.

wieder eine unbehinderte – wenn auch durch zahlreiche Verordnungen des Reichspräsidenten reglementierte – Öffentlichkeitsarbeit.¹⁰¹ Auftakt hierzu war der 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932. Der kommunistische Kandidat Thälmann erhielt in der Pfalz 63.434 Wählerstimmen und erzielte das bisher beste Ergebnis für die KPD. Da die KPD jedoch an der aussichtslosen Kandidatur von Thälmann festhielt, votierten im zweiten Wahlgang am 10. April 1932 mit 41.683 Stimmen bereits wieder weniger Wähler für den kommunistischen Kandidaten als noch für die KPD bei den Reichstagswahlen von 1930. Schon am 24. April 1932 wurden die Wähler in der Pfalz anlässlich der Landtagswahlen erneut an die Urnen gerufen. Gegenüber der Wahl vom 10. April 1932 konnte die KPD mit 48.994 Stimmen (9,5 %) in der Pfalz wieder deutlich zulegen, blieb aber erneut hinter dem Reichstagswahlergebnis von 1930 zurück.¹⁰²

Am 25. Mai 1932 proklamierte die KPD die „Antifaschistische Aktion“ zur Abwehr der NSDAP.¹⁰³ Die unter der Kurzformel „Antifa“ erfolgte neuerliche Zusammenarbeit zwischen Gliederungen der KPD und der SPD zur Abwehr des Nationalsozialismus – so wurden am 5. Juli 1932 700 uniformierte Mitglieder der SA und SS in Ludwigshafen von den Anwohnern beim Durchmarsch durch die Arbeiterviertel angegriffen¹⁰⁴. – drohte sich in den Augen der Kominternführung zu verselbständigen, so dass mitten im Reichstagswahlkampf das Sekretariat der KPD am 14. Juli 1932 die Bezirksleitungen vor Fehlern bei der Durchführung der Einheitsfrontpolitik warnte und Vereinbarungen auch zwischen untergeordneten Leitungen beider Arbeiterparteien untersagte.¹⁰⁵ Trotzdem hatte sich die Ausrufung der Antifaschistischen Aktion für die KPD ausgezahlt. Es gelang ihr bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932, im Wahlkreis 27, Pfalz, 58.968 Wähler (10,7 %) zu mobilisieren. Dadurch war sie nach den Amtsbezirken Landstuhl und Pirmasens-Stadt nun auch in Kusel, Waldmohr und Speyer-Land zur stärkeren Arbeiterpartei geworden. Unter dem Eindruck dieser Erfolge setzte die KPD zunächst ihre Strategie der „Einheitsfront von unten“ fort. So bildete sich noch im August 1932 eine „Vereinigung zur Abwehr des Faschismus“ aus Angehörigen von SPD und KPD in Neustadt.¹⁰⁶ Ein jähes Ende fand die Antifaschistische Aktion jedoch durch das XII. Plenum des EKKI. Dieses proklamierte „einen neuen Turnus der Revolutionen und Kriege“,

¹⁰¹ Vgl. Friedmann, S. 37 ff. Die Unterbindung kommunistischer Veranstaltungen auf der kommunalen Ebene beschreibt am Beispiel der Stadt Speyer: Fenske, S. 347 f.

¹⁰² Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz, Mainz 2001, S. 51.

¹⁰³ Vgl. Militärgeschichtliches Institut, S. 234 ff.

¹⁰⁴ Vgl. die sozialdemokratische Pfälzische Post, Jg. 38, Nr. 156 vom 6. Juli 1932.

¹⁰⁵ Vgl. Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats, in: Die Generallinie, S. 526 ff.

¹⁰⁶ Vgl. Friedmann, S. 45.

weshalb der „Hauptschlag“ gegen die Sozialdemokratie als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ gerichtet werden sollte, um die Bourgeoisie selbst erfolgreich schlagen zu können.¹⁰⁷

Da die KPD am 6. November 1932 bei der erneuten Reichstagswahl mit 16,9 % der Wählerstimmen ihr bestes Wahlergebnis in der Weimarer Republik erzielte, glaubte die KPD-Führung an die Richtigkeit der neuen Generallinie. In der Pfalz votierten 69.111 Wähler (12,9 %) für die Liste der Kommunisten. Neben Landstuhl, Kusel, Waldmohr, Pirmasens-Stadt und Speyer-Land war sie jetzt auch noch im Amtsbezirk Kaiserslautern-Land zur stärksten Arbeiterpartei geworden. Entsprechend sprach die badisch-pfälzische Bezirksleitung in ihrem umfangreichen Bericht an den im Dezember 1932 abgehaltenen 1. Bezirksparteitag der KPD Bezirk Baden-Pfalz von einem „revolutionären Aufschwung“, wobei der „Antifaschistische Kampf“ in erster Linie gegen die Sozialdemokratie geführt worden sei! Stolz wurde auf die Sprengung nationalsozialistischer Kundgebungen in Neustadt, Kaiserslautern und Zweibrücken verwiesen. Zwar war es der KPD bei den Reichstagswahlen vom November 1932 gelungen, in Baden erstmals die SPD als stärkste Arbeiterpartei abzulösen, gleichzeitig verschwieg die Bezirksleitung in ihrem Bericht jedoch, dass die NSDAP sowohl in der Pfalz als auch in Baden inzwischen mehr Wähler gewonnen hatte, als KPD und SPD gemeinsam mobilisieren konnten.¹⁰⁸

Ausgehend von ihrer völlig falschen Analyse der realen Gefahr durch die Hitlerbewegung stand die KPD am 30. Januar 1933 der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wie gelähmt gegenüber. Zwar wandte sich das ZK mit einem Aufruf zum Generalstreik auch an die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Dieser blieb jedoch durch das Fehlen der notwendigen Voraussetzungen für eine sofortige gemeinsame Aktion nach der langen, heftigen Feindschaft zwischen beiden Parteien folgenlos.¹⁰⁹ Dafür wurden noch am gleichen Tag von der Polizei in Ludwigshafen das Parteibüro und die Wohnungen von Funktionären der KPD durchsucht. Trotzdem gelang es der Bezirksleitung Baden-Pfalz am 31. Januar 1933, unter Einbeziehung der Ludwigshafener Parteiorganisation, in Mannheim noch einmal einen „Antifaschistischen Massenaufmarsch“ mit rund 10.000 Teilnehmern durchzuführen.¹¹⁰ Unbeeindruckt von der

¹⁰⁷ Vgl. Weber, Die Generallinie, S. LII ff.

¹⁰⁸ Vgl. den Bericht der Bezirksleitung an den 1. Bezirksparteitag der KPD Baden-Pfalz.

¹⁰⁹ Der Aufruf vom 30. Januar zum Generalstreik wurde am 31. Januar 1933 von der KPD in der Pfalz als Flugblatt vertrieben. Ein Original ist als Dokument 6 abgedruckt bei Morweiser, Hermann W.: Auch in Ludwigshafen gab es Widerstand gegen den Faschismus, Ludwigshafen 1981.

¹¹⁰ Vgl. die Berichterstattung in der Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen zwischen dem 30. Januar und 1. Februar 1933.

Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 und der Legalisierung des faschistischen Terrors durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ am 2. Februar 1933 – verbunden mit einem Demonstrationsverbot für die KPD – sprach deren Parteileitung bereits am 3. Februar 1933 wieder von den „Sozialfaschisten“. Entsprechend wurde der von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderte „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien von der KPD-Führung abgelehnt und weiterhin nur eine „Einheitsfront von unten“ propagiert.¹¹¹ Auch wenn vielerorts in der Pfalz – so in Kaiserslautern, Pirmasens, Neustadt, Kusel, Lauterecken und Oggersheim – diese Einheitsfront tatsächlich zustande kam und den von der Polizei geschützten Demonstrationmärschen der Nationalsozialisten noch einmal blutige Scharmützel lieferte,¹¹² blieb die Arbeiterbewegung gespalten und letztlich kampfunfähig. Zwar verstärkte die KPD die Umstellung auf die Illegalität nun auch im Bezirk Baden-Pfalz – die Mitglieder der Bezirksleitung wurden seit dem 10. Februar 1933 schließlich mit Haftbefehl gesucht. Sie wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten.¹¹³ Die von der KPD schon 1929 ausgegebene Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ bewirkte spätestens jetzt ihr Gegenteil. Dennoch konnte sie bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 noch einmal 4.848.000 Wähler (12,3 %) für sich mobilisieren. In der Pfalz votierten 53.284 (9,0 %) Wähler für die KPD. Berücksichtigt man den Terror, dem die Partei vor allem in der letzten Woche des Wahlkampfes ausgesetzt gewesen war, zeigten die KPD-Wähler eine erstaunliche Standfestigkeit. Nach diesem für die Nationalsozialisten enttäuschenden Wahlausgang ergoss sich die Welle des Terrors der SA-Formationen über die Arbeiterbewegung nun völlig ungehemmt.¹¹⁴ Mit dem Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) vom 23. März 1933 und dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurden diese Willkürakte legalisiert. Am 24. März 1933 meldete die Bezirksleitung Baden-Pfalz 900 Verhaftungen in der Pfalz, wovon 806 Betroffene in „Schutzhaft“ überführt worden seien, darunter 450 Mitglieder der KPD. Aus Pirmasens

¹¹¹ Vgl. Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1984, S. 682.

¹¹² Vgl. StALu, Bestand Oggersheim, Nr. 71/2 sowie die Arbeiter-Zeitung, Ludwigshafen vom 3. Februar 1933.

¹¹³ Vgl. Weber, Hermann. Die Kommunisten, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hrsg. von Erich Matthias und Hermann Weber, Mannheim 1984, S. 258 f. sowie Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus, München 1989, S. 175 f.

¹¹⁴ Vgl. Flechtheim, S. 287 f.

waren 65 Festgenommene gemeldet worden, aus Zweibrücken 32 Inhaftierte. In Kaiserslautern waren es 44, und in Speyer kamen 33 KPD-Funktionäre ins Gefängnis. Die Mehrzahl der Opfer wurde allerdings nach Neustadt, Landau, Enkenbach und Kaiserslautern in SA-Stützpunkte und provisorische Konzentrationslager verschleppt.¹¹⁵ Ende März 1933 wurden diese Lager wieder aufgelöst und die Insassen entweder entlassen oder in das bayerische Konzentrationslager Dachau überführt.¹¹⁶ Am 2. Mai wurde der Leiter der pfälzischen KPD, Herbert Müller, verhaftet. Der für den Funktionärsschutz zuständige M(ilitär)-Apparat der KPD hatte sich als völlig unwirksam erwiesen. Von einem aktiven, gar militanten, Widerstand konnte keine Rede sein, die Rote Front war zusammengebrochen.¹¹⁷

Es folgten für die Kommunisten zwölf Jahre des Ausharrens auf die Befreiung in der Heimat, aber auch ein hoher Blutzoll in Gefängnissen und Konzentrationslagern sowie als Angehörige der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Für die Organisation am dramatischsten waren aber ihre Verluste im sowjetischen Exil, wo mehr Mitglieder und Kandidaten, die dem obersten Gremium der Partei zwischen 1920 und 1933 angehört hatten, den Stalinschen Säuberungen zum Opfer fielen als dem Terror Hitlers. Ernst Thälmann – KPD-Vorsitzender und offizieller Leiter des RFB wurde 1944 im KZ Buchenwald ermordet; Hans Leow – als 2. Bundesvorsitzender der faktische Leiter des RFB wurde 1937 in der Sowjetunion erschossen; ebenso Hans Kippenberger, der Leiter des Militärapparates der KPD. Max Hoelz, die romantisierte Symbolgestalt des militanten deutschen Kommunismus war bereits 1933 in der Sowjetunion unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen. Von den pfälzischen Kommunisten wurden mit August Creutzburg und Hermann Remmele (1930 bis 1933 Bundesvorsitzender des Kampfbundes gegen den Faschismus) zwei ehemalige Sekretäre Opfer Stalins; die Sekretäre Philipp Geis und Karl Fischer starben in deutschen KZs.¹¹⁸ Mit Eugen Herbst wurde einer von insgesamt drei pfälzischen KPD-Reichstagsabgeordneten im Zuge des so genannten Röhm-Putsches 1934 erschossen.¹¹⁹

Fazit

¹¹⁵ Vgl. den Bericht der Bezirksleitung Baden-Pfalz vom 24. März 1933, in: StALu, AFA, SLU 183 (Ordner KPD 1930-1933).

¹¹⁶ Vgl. Wunder, Gerhard: Die Sozialdemokratie in Neustadt an der Weinstraße seit 1832, Neustadt 1985, S. 80 f.

¹¹⁷ Vgl. StALu, N 1 (Nachlass Herbert Müller), Nr. 53 sowie Kaufmann, Bernd u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, Berlin 1993, 177ff.

¹¹⁸ Vgl. Weber, Hermann: „Weiße Flecken in der Geschichte“, Frankfurt a. M. 1990 und „Deutsche Kommunisten“, Berlin 2004 sowie der biografische Anhang bei Becker 2001, S. 414 ff.

¹¹⁹ Vgl. StALu, N 87 (Nachlass Eugen Herbst).

Am Beispiel der pfälzischen Bezirksorganisation wurde aufgezeigt, dass der deutsche Kommunismus in der Weimarer Republik zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, aus eigener Kraft den angestrebten gesellschaftlichen Umsturz durchzuführen. Die spontanen Gewaltausbrüche der Bevölkerung zu Beginn der Weimarer Republik überraschten selbst die in der Erwartung der Revolution verharrende Partei; eigene militärische Aktionen der Kommunisten blieben immer regional auf ihre wenigen Hochburgen begrenzt und waren gegen Ende der Weimarer Republik nur noch reine Abwehraktionen gegen die nun auch in rote Hochburgen vordringenden SA-Kolonnen. Die französische Besatzungsherrschaft wirkte in der Pfalz weder de- noch eskalierend, sondern das französische Militär übernahm hier lediglich die innenpolitische Rolle, die anderorts Freikorps, Reichswehr oder paramilitärischer Schutzpolizei zugefallen war. Die KPD selbst verlor sich völlig in ihren teilweise gewaltsam ausgetragenen inneren Fraktionskämpfen und in der Anfeindung der Sozialdemokratie, was die Arbeiterbewegung unversöhnlich spaltete und einen erfolgreichen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus unmöglich machte. Dennoch wurden verbal austauschbare Mythen wie „Spartakus“ „Rote Front“ oder „Antifa“ – als synonym für das Vorhandensein einer nach sowjetischem Vorbild zur gewaltsamen Revolution entschlossenen kommunistischen Massenbewegung – sowohl von der KPD zur Kaschierung ihrer tatsächlich auf wenige Arbeiterzentren beschränkte Schwäche bereitwillig aufgegriffen als auch von ihren politischen Gegnern instrumentalisiert. Während sich die Demokraten davon vergeblich eine Solidarisierung der Bevölkerung mit der bedrohten Republik erhofften, lieferte der Mythos des drohenden bolschewistischen Umsturzes den Nationalsozialisten letztlich nur einen Vorwand mehr, um genau diese Republik zu zerstören. Dennoch verbleibt bei der radikalen Linken natürlich eine erhebliche Mitschuld am Scheitern der ersten deutschen Demokratie, aber diese liegt vor allem in ihrem maßlos provokanten Angriffen auf die deutsche Sozialdemokratie, die deren unkritisches Verhältnis und ungerechtfertigtes Vertrauen in die Kräfte der alten Regierung in Heer, Polizei und Justiz nur bestärken konnte. Beides kennzeichnet auch die Pfalz, wo selbst eine ultralinke Parteiorganisation – im Gegensatz zum eigenen Anspruch – nur 1922/24 – und mehr gezwungen als gewollt – zum aktiven Handeln überging und sich ansonsten in einem Verbalradikalismus gegen ein verwandtes Arbeitermilieu erschöpfte. Die pfälzischen Straßen gehörten dagegen spätestens ab 1932 der NSDAP – ihr flächendeckender Terror gegen Andersdenkende, egal ob gegen Katholiken, Sozialdemokraten oder Kommunisten zerschlug die Weimarer Republik – die von der marschierenden SA sogar im Horst-Wessel-Lied besungene „Rote Front“ blieb dagegen weitgehend ein verbaler aber beidseitig gern gepflegter Mythos.